Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6741

19. 03. 90

Sachgebiet 18

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 10. November 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Zielsetzung

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (421) – 651 09 – Ka 65/90

Bonn, den 19. März 1990

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 10. November 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Wirtschaft.

Der Gesetzentwurf ist dem Bundesrat am 23. Februar 1990 als besonders eilbedürftig zugeleitet worden.

Die Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf sowie die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates werden nachgereicht.

Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Vertrag vom 10. November 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Warschau am 10. November 1989 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage sowie dem Notenwechsel vom 31. Januar/29. März 1990 wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Umowa między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzecząpospolitą Ludową w sprawie popierania i wzajemnej ochrony inwestycji

Die Vertragsparteien –

in dem Wunsch, die beiderseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für gegenseitige Kapitalanlagen zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung dieser Kapitalanlagen und ihr Schutz auf der Grundlage dieses Vertrags zur Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Initiative in diesem Bereich dienen werden –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) In diesem Vertrag

a) umfaßt der Begriff „Kapitalanlage" alle Arten von Vermögenswerten, die der Investor der einen Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Gesetzgebung anlegt, insbesondere
   - Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
   - Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
   - Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
   - Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsmarken, Handelsnamen, Know-how und Goodwill;
   - Rechte auf eine gewerbliche Tätigkeit, die einen wirtschaftlichen Wert besitzen, einschließlich Rechte auf die Erkundung, Erschließung, Förderung oder den Abbau natürlicher Ressourcen, die auf einer Genehmigung gemäß der Gesetzgebung der Vertragspartei, in deren Gebiet die Kapitalanlagen getätigt werden, oder auf einer Genehmigung gemäß einer entsprechenden Übereinkunft beruhen;

b) bezeichnet der Begriff „Erträge" diejenigen Beträge, die als Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder andere vergleichbare Entgelte auf eine Kapitalanlage im Sinne von Buchstabe a für einen bestimmten Zeitraum entfallen;

Umawiające się Strony,

pragnąc pogłębić obustronną współpracę gospodarczą,

dążąc do stworzenia korzystnych warunków dla wzajemnych inwestycji,

uznając, że popieranie tych inwestycji i ich ochrona na podstawie niniejszej Umowy służyć będą dalszemu rozwojowi inicjatyw gospodarczych w tej dziedzinie –

uzgodniły, co następuje:

Artykuł 1

1. W rozumieniu niniejszej Umowy

a) pojęcie „inwestycja" obejmuje wszelkie mienie, które inwestor jednej Umawiającej się Strony inwestuje na terytorium drugiej Umawiającej się Strony zgodnie z jej ustawodawstwem, a w szczególności:
   - własność ruchomości i nieruchomości oraz wszelkie inne prawa rzeczowe, takie jak hipoteka i prawo zastawu;
   - akcje, udziały oraz inne rodzaje uczestnictwa w spółkach;
   - roszczenia pieniężne do kwot wydatkowanych na stworzenie wartości gospodarczej lub roszczenia do świadczeń mających wartość gospodarczą;
   - prawa autorskie, prawa własności przemysłowej, procesy technologiczne, znaki handlowe, nazwy handlowe, know-how i goodwill;
   - prawa do działalności przemysłowej mające wartość gospodarczą, włącznie z prawami do poszukiwania, badania, eksploatacji lub wydobycia zasobów naturalnych, wykonywane na podstawie zezwolenia wydanego zgodnie z ustawodawstwem Umawiającej się Strony, na której terytorium dokonywana jest inwestycja, lub zezwolenia wynikającego z odpowiedniego porozumienia;

b) pojęcie „przychody" oznacza kwoty uzyskane w określonym czasie w formie udziałów w zyskach, dywidend, odsetek, opłat licencyjnych lub innych porównywalnych wpływów z inwestycji w rozumieniu litery a;

c) bezeichnet der Begriff „Investor" eine natürliche Person mit ständigem Wohnsitz oder eine juristische Person mit Sitz im jeweiligen Geltungsbereich dieses Vertrags, die berechtigt ist, Kapitalanlagen zu tätigen.

(2) Dieser Vertrag erstreckt sich auf die ausschließliche Wirtschaftszone und den Festlandsockel, über welche die jeweilige Vertragspartei in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zur Erforschung, Gewinnung und Erhaltung natürlicher Ressourcen ausüben kann.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Gebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei zugelassen sind, genießen den Schutz des Vertrags. Jede Vertragspartei wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Keine Vertragspartei soll in irgendeiner Weise durch ungerechtfertigte oder diskriminierende Maßnahmen die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Gebiet beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei oder Kapitalanlagen, an denen Investoren der anderen Vertragspartei beteiligt sind, in ihrem Gebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Gebiet nicht weniger günstig, als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt, dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Gebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Gebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die Enteignung oder Verstaatlichung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von zwei Monaten, geleistet werden und ist ab dem dritten Monat bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbarer Maßnahmen muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, der Verstaatlichung oder vergleichbarer Maßnahmen und die Höhe der Entschädi-

c) pojęcie „inwestor" oznacza osobę fizyczną mającą stałe miejsce zamieszkania lub osobę prawną mającą siedzibę w jednym z obszarów obowiązywania niniejszej Umowy, uprawnioną do dokonywania inwestycji.

2. Niniejsza Umowa dotyczy wyłącznej strefy ekonomicznej i szelfu kontynentalnego, w stosunku do których dana Umawiająca się Strona może zgodnie z prawem międzynarodowym wykonywać suwerenne prawa i uprawnienia do poszukiwania, eksploatacji i utrzymywania zasobów naturalnych.

Artykuł 2

1. Każda Umawiająca się Strona będzie w miarę możliwości popierać na swoim terytorium inwestycje inwestorów drugiej Umawiającej się Strony i dopuszczać te inwestycje zgodnie ze swymi przepisami prawnymi. Inwestycje dopuszczone zgodnie z ustawodawstwem jednej Umawiającej się Strony korzystają z ochrony niniejszej Umowy. Każda Umawiająca się Strona będzie w każdym przypadku zapewniać tym inwestycjom równe i sprawiedliwe traktowanie.

2. Umawiające się Strony nie powinny poprzez nieuzasadnione lub dyskryminacyjne posunięcia na swoim terytorium oddziaływać w jakikolwiek sposób negatywnie na zarządzanie, użytkowanie lub korzystanie z inwestycji inwestorów drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 3

1. Każda Umawiająca się Strona będzie traktować na swoim terytorium inwestycje inwestorów drugiej Umawiającej się Strony lub inwestycje, w których mają udział inwestorzy drugiej Umawiającej się Strony, nie mniej korzystnie niż inwestycje własnych inwestorów bądź inwestycje inwestorów państw trzecich.

2. Każda Umawiająca się Strona będzie traktować na swoim terytorium inwestorów drugiej Umawiającej się Strony w odniesieniu do ich działalności związanej z inwestycjami nie mniej korzystnie niż własnych inwestorów lub inwestorów państw trzecich.

3. Traktowanie to nie dotyczy przywilejów, które jedna Umawiająca się Strona przyznaje inwestorom państw trzecich ze względu na ich udział w unii celnej lub gospodarczej, wspólnym rynku, Radzie Wzajemnej Pomocy Gospodarczej lub w strefie wolnego handlu bądź ze względu na ich stowarzyszenie z nimi.

4. Traktowanie, o którym mowa w niniejszym artykule, nie dotyczy ulg, które jedna Umawiająca się Strona przyznaje inwestorom państw trzecich na podstawie umowy o zapobieganiu podwójnemu opodatkowaniu lub w oparciu o inne porozumienia w sprawach podatkowych.

Artykuł 4

1. Inwestycje inwestorów jednej Umawiającej się Strony korzystają na terytorium drugiej Umawiającej się Strony z pełnej ochrony i bezpieczeństwa.

2. Inwestycje inwestorów jednej Umawiającej się Strony mogą na terytorium drugiej Umawiającej się Strony ulec wywłaszczeniu, nacjonalizacji lub mogą być poddane innym środkom równoznacznym w skutkach z wywłaszczeniem lub nacjonalizacją tylko w interesie publicznym i za odszkodowaniem. Odszkodowanie musi odpowiadać wartości wywłaszczonej inwestycji bezpośrednio przed momentem, w którym wywłaszczenie lub nacjonalizacja stały się publicznie znane. Odszkodowanie musi być wypłacone niezwłocznie, najpóźniej jednak w ciągu dwóch miesięcy; poczynając od trzeciego miesiąca do momentu wypłaty podlega ono oprocentowaniu według normalnej bankowej stopy procentowej; musi być zapewniona rzeczywista możliwość wykorzystania i transferu tego odszkodowania. Właściwy sposób ustalenia i wypłacenia odszkodowania powinien zostać ustalony najpóźniej w momencie wywłaszczenia, nacjonalizacji lub podjęcia równoznacznych w skutkach środków. Zgodność z prawem wywłaszczenia, nacjonalizacji lub równoznacznych w skutkach środków i

gung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Gebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei im Falle von Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen sind frei transferierbar.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;

b) der Erträge;

c) zur Rückzahlung von Darlehen;

d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Veräußerung oder Liquidation der Kapitalanlage;

e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

(1) Leistet eine Vertragspartei ihrem Investor Entschädigungszahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Gebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Die andere Vertragspartei erkennt auch den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei, die die Zahlung geleistet hat, in alle diese übertragenen Rechte oder Ansprüche an. Die zahlende Vertragspartei kann die dem Investor zustehenden Rechte oder Ansprüche nur insoweit geltend machen, wie sie der Investor hätte geltend machen können; andererseits kann die andere Vertragspartei Gegenforderungen, die gegenüber dem Investor bestehen, auch gegenüber der zahlenden Vertragspartei geltend machen.

(2) Sind die Rechte oder Ansprüche des Investors auf die zahlende Vertragspartei übergegangen, so kann der Investor diese nicht gegen die andere Vertragspartei geltend machen, es sei denn, er ist hierzu von der zahlenden Vertragspartei ermächtigt.

(3) Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten die Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

Der Transfer nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgt unverzüglich zu dem am Tage des Transfers gültigen Kurs.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

wysokość odszkodowania podlega zbadaniu w drodze zwykłego postępowania przed sądem powszechnym.

3. Inwestorzy jednej Umawiającej się Strony, których inwestycje doznały uszczerbku wskutek wojny lub innych konfliktów zbrojnych, rewolucji, stanu wyjątkowego lub zamieszek na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, będą w odniesieniu do ewentualnego odtworzenia, kompensaty, odszkodowania lub innych świadczeń traktowani przez tę Umawiającą się Stronę nie mniej korzystnie niż jej własni inwestorzy. Takie płatności podlegają swobodnemu transferowi.

4. W odniesieniu do spraw uregulowanych w niniejszym artykule, inwestorzy jednej Umawiającej się Strony korzystają z najwyższego uprzywilejowania na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 5

Każda Umawiająca się Strona gwarantuje inwestorom drugiej Umawiającej się Strony swobodny transfer należności związanych z inwestycją, a w szczególności:

a) kapitału i kwot dodatkowych na utrzymanie lub powiększenie inwestycji;

b) przychodów;

c) spłaty pożyczek;

d) wpływów z tytułu całkowitej lub częściowej sprzedaży albo likwidacji inwestycji;

e) odszkodowań przewidzianych w Artykule 4 niniejszej Umowy.

Artykuł 6

1. Jeżeli jedna Umawiająca się Strona dokona na rzecz swego inwestora płatności odszkodowań na podstawie gwarancji dla inwestycji na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, wówczas ta druga Umawiająca się Strona uzna, bez uszczerbku dla praw pierwszej Umawiającej się Strony zawartych w Artykule 10, przeniesienie wszelkich praw lub roszczeń tego inwestora na mocy ustawy lub na podstawie czynności prawnych na pierwszą Umawiającą się Stronę. Druga Umawiająca się Strona uzna również wejście pierwszej Umawiającej się Strony, która dokonała płatności, w te wszystkie przeniesione prawa lub roszczenia. Umawiająca się Strona, która dokonała płatności, może dochodzić należnych inwestorowi praw lub występować z roszczeniami tylko w tym zakresie, w jakim mógłby ich dochodzić inwestor. Jednocześnie druga Umawiająca się Strona może dochodzić swoich roszczeń w stosunku do inwestora wobec Umawiającej się Strony, która dokonała płatności.

2. W przypadku przeniesienia praw lub roszczeń inwestora na Umawiającą się Stronę, która dokonała płatności, inwestor nie może ich dochodzić wobec drugiej Umawiającej się Strony, chyba że zostanie on do tego uprawniony przez Umawiającą się Stronę, która dokonała płatności.

3. W odniesieniu do transferu płatności na podstawie przeniesionych roszczeń mają odpowiednio zastosowanie Artykuł 4 ust. 2 i 3 oraz Artykuł 5.

Artykuł 7

Transfery, o których mowa w Artykule 4 ust. 2 i 3 oraz w Artykułach 5 i 6, odbywają się niezwłocznie według kursu obowiązującego w dniu transferu.

Artykuł 8

1. Jeżeli z przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony lub zobowiązań prawno-międzynarodowych, istniejących lub mogących powstać w przyszłości pomiędzy Umawiającymi się Stronami niezależnie od niniejszej Umowy, wynika przepis ogólny lub szczególny gwarantujący inwestycjom inwestorów drugiej Umawiającej się Strony traktowanie korzystniejsze niż przewidziane niniejszą Umową, wówczas przepis ten ma pierwszeństwo przed niniejszą Umową w zakresie, w jakim jest on korzystniejszy.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei auf ihrem Gebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Angelegenheiten, die sich nach Inkrafttreten dieses Vertrags in bezug auf Kapitalanlagen ergeben, die Investoren der einen Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Rechtsvorschriften seit dem 14. September 1972 bis zum Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien Mitglieder des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 dieses Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Investor einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall einer Nichtbeachtung einer gerichtlichen Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer Vertragspartei und dem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Wird eine Meinungsverschiedenheit nach Artikel 4 Absatz 2 oder nach Artikel 5 innerhalb von sechs Monaten nach ihrer Geltendmachung durch eine der Streitparteien nicht beigelegt, so ist jede der Streitparteien berechtigt, ein internationales Schiedsgericht anzurufen.

2. Każda Umawiająca się Strona dotrzyma wszelkich innych zobowiązań, jakie podjęła w odniesieniu do inwestycji inwestorów drugiej Umawiającej się Strony na swoim terytorium.

Artykuł 9

Niniejsza Umowa dotyczy również spraw, które wyłonią się po wejściu w życie niniejszej Umowy, a będą związane z inwestycjami dokonanymi na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, zgodnie z jej przepisami prawnymi, po dniu 14 września 1972 r., a przed wejściem w życie niniejszej Umowy.

Artykuł 10

1. Spory między Umawiającymi się Stronami dotyczące interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy powinny być w miarę możliwości rozstrzygane przez Rządy obu Umawiających się Stron.

2. Jeżeli nie można rozstrzygnąć sporu w powyższy sposób wówczas należy na żądanie jednej z Umawiających się Stron przedłożyć go trybunałowi arbitrażowemu.

3. Trybunał arbitrażowy tworzony będzie, oddzielnie dla każdej sprawy, w ten sposób, że każda Umawiająca się Strona wyznaczy jednego arbitra, a obaj wyznaczeni w ten sposób arbitrzy wyrażą zgodę na obywatela państwa trzeciego, jako przewodniczącego, wyznaczonego przez Rządy Umawiających się Stron. Wyznaczenie arbitrów powinno nastąpić w ciągu dwóch miesięcy, a przewodniczącego w ciągu trzech miesięcy, od daty zawiadomienia jednej Umawiającej się Strony przez drugą, że chce przedłożyć spór trybunałowi arbitrażowemu.

4. W przypadku niedotrzymania terminów wymienionych w ustępie 3, z braku innego porozumienia, każda Umawiająca się Strona może zwrócić się do Przewodniczącego Międzynarodowego Trybunału Sprawiedliwości z prośbą o dokonanie koniecznych nominacji.

5. Trybunał arbitrażowy orzeka większością głosów. Jego decyzje są wiążące. Każda Umawiająca się Strona pokrywa koszty własnego arbitra oraz koszty jej udziału w postępowaniu przed trybunałem arbitrażowym; koszty przewodniczącego oraz pozostałe koszty pokrywają w równych częściach obie Umawiające się Strony. Trybunał arbitrażowy może inaczej uregulować sprawę kosztów. W pozostałych kwestiach trybunał arbitrażowy sam reguluje swój tryb postępowania.

6. W przypadku gdy obie Umawiające się Strony staną się stronami Konwencji o Rozstrzyganiu Sporów Inwestycyjnych między Państwami a Obywatelami innych Państw z dnia 18 marca 1965 r., wówczas ze względu na postanowienia Artykułu 27 ustęp 1 tej Konwencji, przewidziany uprzednio trybunał arbitrażowy nie może być zwołany, jeżeli stosownie do postanowień Artykułu 25 Konwencji doszło do porozumienia między inwestorem jednej Umawiającej się Strony a drugą Umawiającą się Stroną. Nie narusza to możliwości zwołania przewidzianego uprzednio trybunału arbitrażowego w przypadku nierespektowania decyzji trybunału arbitrażowego powołanego na mocy wyżej wymienionej Konwencji (Artykuł 27) lub w przypadku subrogacji na mocy ustawy lub na podstawie czynności prawnych stosownie do Artykułu 6 niniejszej Umowy.

Artykuł 11

1. Spory dotyczące inwestycji między jedną Umawiającą się Stroną a inwestorem drugiej Umawiającej się Strony powinny być w miarę możliwości rozstrzygane polubownie między stronami sporu.

2. Jeżeli spór dotyczący spraw, o których mowa w Artykule 4 ust. 2 lub w Artykule 5, nie może być rozstrzygnięty w terminie sześciu miesięcy od chwili zgłoszenia go przez jedną ze stron, wówczas na żądanie jednej ze stron sporu należy przedłożyć go trybunałowi arbitrażowemu.

(3) Die in Absatz 2 getroffene Regelung gilt auch für Meinungsverschiedenheiten über solche Angelegenheiten, für die der Investor und die andere Vertragspartei ein Schiedsverfahren vereinbart haben.

(4) Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Vertragspartei mangels anderer Vereinbarungen den Vorsitzenden des Schiedsgerichtsinstituts der Handelskammer Stockholm bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird anerkannt und vollstreckt nach Maßgabe des Übereinkommens vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

(5) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat. Artikel 6 Absatz 2 bleibt unberührt.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieser Vertrag in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbestimmte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Warschau am 10. November 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

3. Postanowienia ust. 2 dotyczą również sporów w sprawach, w odniesieniu do których inwestor i Umawiająca się Strona uzgodnili postępowanie arbitrażowe.

4. Jeżeli strony sporu nie uzgodnią inaczej, wówczas stosuje się odpowiednio postanowienia Artykułu 10 ust. 3–5, zgodnie z zasadą, że arbitrzy wyznaczani są przez strony sporu, a w przypadku niedotrzymania terminów ustalonych w Artykule 10 ust. 3 każda ze stron sporu może z braku innych porozumień zwrócić się do przewodniczącego Instytutu Arbitrażowego Izby Handlowej w Sztokholmie z prośbą o dokonanie koniecznych nominacji. Orzeczenie trybunału arbitrażowego zostanie uznane i wykonane zgodnie z Konwencją z dnia 10 czerwca 1958 r. o Uznawaniu i Wykonywaniu Zagranicznych Orzeczeń Arbitrażowych.

5. Umawiająca się Strona, będąca równocześnie stroną sporu, nie będzie w trakcie postępowania przed trybunałem arbitrażowym lub wykonywania orzeczenia tego trybunału powoływać się na argument, że inwestor drugiej Umawiającej się Strony otrzymał za część lub za całość poniesionej szkody odszkodowanie z tytułu zawartego ubezpieczenia. Postanowienia Artykułu 6 ust. 2 pozostają nienaruszone.

Artykuł 12

Niniejsza Umowa obowiązuje niezależnie od tego, czy między Umawiającymi się Stronami istnieją stosunki dyplomatyczne lub konsularne.

Artykuł 13

Stosownie do Porozumienia Czterostronnego z dnia 3 września 1971 r. niniejsza Umowa rozciąga się zgodnie z ustalonymi procedurami na Berlin (Zachodni).

Artykuł 14

1. Niniejsza Umowa podlega ratyfikacji; dokumenty ratyfikacyjne zostaną wymienione w Bonn w możliwie najkrótszym terminie.

2. Niniejsza Umowa wejdzie w życie po upływie jednego miesiąca od dnia wymiany dokumentów ratyfikacyjnych. Pozostaje ona w mocy w ciągu dziesięciu lat; po ich upływie ulega przedłużeniu na czas nieograniczony, jeżeli żadna z Umawiających się Stron nie dokona pisemnego wypowiedzenia Umowy w terminie dwunastu miesięcy przed jej wygaśnięciem. Po upływie dziesięciu lat Umowa może być wypowiedziana w każdym czasie z zachowaniem dwunastomiesięcznego okresu wypowiedzenia.

3. W odniesieniu do inwestycji dokonanych przed upływem ważności niniejszej Umowy postanowienia Artykułów 1 do 13 zachowują moc obowiązującą przez dalszych dwadzieścia lat, licząc od dnia upływu ważności niniejszej Umowy.

Sporządzono w Warszawie dnia 10 listopada 1989 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w języku niemieckim i polskim, przy czym oba teksty mają jednakową moc obowiązującą.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Republikę Federalną Niemiec
Hans-Dietrich Genscher

Für die Volksrepublik Polen
Za Polską Rzeczpospolitą Ludową
Krzysztof Skubiszewski

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen wurden außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die Bestandteile des Vertrags sind.

(1) Zu Artikel 1

a) Unter den Begriff „Kapitalanlage" gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a fallen solche Kapitalanlagen, die für wirtschaftliche Zwecke vorgenommen werden.

b) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

(2) Zu Artikel 3

a) Als „Betätigung" im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie- und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung.

b) Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, zum Schutz des Lebens und der Gesundheit oder aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3.

c) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Gebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Gebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.

d) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Gebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Gebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(3) Zu Artikel 4

Der Investor hat Anspruch auf Entschädigung auch bei einer Enteignung oder einer vergleichbaren Maßnahme im Sinne von Artikel 4 Absatz 2, die die wirtschaftliche Tätigkeit des Unternehmens, an dem er beteiligt ist, beeinträchtigt, wenn dadurch zugleich auch seine Kapitalanlage betroffen ist.

Protokół

Przy podpisaniu Umowy o popieraniu i wzajemnej ochronie inwestycji między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczą-pospolitą Ludową przyjęto ponadto następujące uzgodnienia stanowiące integralną część Umowy.

1. Do Artykułu 1

a) przez pojęcie „inwestycje" zgodnie z Artykułem 1 ust. 1 lit. a rozumie się inwestycje dokonane w celach gospodarczych;

b) przychody z tytułu inwestycji, a w przypadkach ich ponownego zainwestowania również przychody z tytułu reinwestycji, korzystają z takiej samej ochrony jak inwestycje.

2. Do Artykułu 3

a) przez „działalność" w rozumieniu Artykułu 3 ust. 2 należy rozumieć zarządzanie, przeznaczenie, użytkowanie i korzystanie z inwestycji. Przez „mniej korzystne" traktowanie w rozumieniu Artykułu 3 należy rozumieć w szczególności: ograniczenia w dostępie do surowców i materiałów pomocniczych, surowców energetycznych i paliw oraz wszelkiego rodzaju środków produkcji i środków obrotowych, utrudnienia w zbycie wyrobów oraz inne działania o podobnych skutkach;

b) działania podejmowane ze względu na bezpieczeństwo i porządek publiczny, ochronę życia i zdrowia lub moralności publicznej nie są uważane za traktowanie „mniej korzystne" w rozumieniu Artykułu 3;

c) postanowienia Artykułu 3 nie zobowiązują Umawiającej się Strony do rozciągnięcia ulg, zwolnień i zniżek podatkowych, przyznawanych zgodnie z ustawami podatkowymi tylko zamieszkałym na stałe na jej terytorium osobom fizycznym i mającym tam stałą siedzibę spółkom, na stałe zamieszkałe na terytorium drugiej Umawiającej się Strony osoby fizyczne i mające tam stałą siedzibę spółki;

d) Umawiające się Strony będą w ramach swych wewnętrznych przepisów prawnych życzliwie rozpatrywać wnioski w sprawie wjazdu i pobytu osób jednej Umawiającej się Strony, które chcą wjechać na terytorium drugiej Umawiającej się Strony w bezpośrednim związku z inwestycją; to samo odnosi się do pracobiorców jednej Umawiającej się Strony, którzy w bezpośrednim związku z inwestycją chcą wjechać i przebywać na terytorium drugiej Umawiającej się Strony w celu wykonywania działalności jako pracobiorcy. Wnioski w sprawie zezwolenia na pracę będą również życzliwie rozpatrywane.

3. Do Artykułu 4

Inwestorowi przysługuje odszkodowanie również w przypadku wywłaszczenia lub porównywalnych działań w rozumieniu Artykułu 4 ust. 2, na skutek których doznaje uszczerbku działalność gospodarcza przedsiębiorstwa, w którym ma on udział i gdy w wyniku tego inwestycja znacznie ucierpiała.

(4) Zu Artikel 5

Der Transfer von Gewinnanteilen und Dividenden im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b, die in polnischer Währung erzielt und in der geprüften Bilanz des dem Transfer vorausgehenden Jahres ausgewiesen worden sind, wird von der Volksrepublik Polen in folgenden Stufen gewährleistet:

Ab 1. Januar 1993 in Höhe von 15% für das Jahr 1992,
ab 1. Januar 1994 in Höhe von 25% für das Jahr 1993,
ab 1. Januar 1995 in Höhe von 35% für das Jahr 1994,
ab 1. Januar 1996 in Höhe von 50% für das Jahr 1995,
ab 1. Januar 1997 in Höhe von 75% für das Jahr 1996,
ab 1. Januar 1998 in Höhe von 100% für das Jahr 1997.

Eine günstigere Regelung zwischen den polnischen Behörden und dem Investor bleibt unberührt.

Artikel 5 gilt uneingeschränkt ab dem Zeitpunkt, zu dem die Volksrepublik Polen die freie Konvertibilität ihrer Währung herstellt.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 7 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Zu Artikel 9 und 11

a) Für Kapitalanlagen, die vor Inkrafttreten des Vertrags vorgenommen worden sind, wird der Transfer des in polnischer Währung erzielten Veräußerungs- oder Liquidationserlöses im Sinne von Artikel 5 Buchstabe d von der Volksrepublik Polen in folgenden Raten gewährleistet:

Im Jahr der Veräußerung bzw. Liquidation, frühestens ab 1. Januar 1993	20%,
im folgenden Jahr	30%,
im dritten Jahr die verbleibenden	50%.

b) Im Falle eines schwerwiegenden Zahlungsbilanzungleichgewichts werden die Vertragsparteien in Konsultationen eintreten mit dem Ziel, eine annehmbare anderweitige Regelung der anstehenden Transferleistungen nach Buchstabe a zu vereinbaren. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei über die Auslegung und Anwendung von Buchstabe a in Verbindung mit Buchstabe b Satz 1 hat das gemäß Artikel 11 angerufene Schiedsgericht das Verfahren bis zum Abschluß der Konsultationen zwischen den Vertragsparteien auszusetzen.

c) Eine günstigere Regelung zwischen den polnischen Behörden und dem Investor bleibt unberührt.

(7) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, werden die Vertragsparteien die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei, vorbehaltlich der zwischen beiden Vertragsparteien bestehenden internationalen Übereinkünfte, weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

4. Do Artykułu 5

Transfer udziałów w zyskach i dywidend w rozumieniu Artykułu 1 ust. 1 lit. b uzyskanych w walucie polskiej i wykazanych w zweryfikowanym bilansie za rok poprzedni Polska Rzeczpospolita Ludowa zapewnia w następujących etapach:

od 1 stycznia 1993 r.	– 15% kwoty za rok 1992,
od 1 stycznia 1994 r.	– 25% kwoty za rok 1993,
od 1 stycznia 1995 r.	– 35% kwoty za rok 1994,
od 1 stycznia 1996 r.	– 50% kwoty za rok 1995,
od 1 stycznia 1997 r.	– 75% kwoty za rok 1996,
od 1 stycznia 1998 r.	– 100% kwoty za rok 1997.

Nie dotyczy to przypadków, w których między polskimi władzami a inwestorem uzgodniono korzystniejsze rozwiązanie.

Artykul 5 będzie stosowany bez ograniczeń od momentu wprowadzenia w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej pełnej wymienialności jej waluty.

5. Do Artykułu 7

Za dokonany „niezwłocznie" w rozumieniu Artykułu 7 uważa się transfer, następujący w terminie normalnie koniecznym dla dokonania formalności związanych z transferem. Termin biegnie od momentu złożenia właściwego wniosku i w żadnym razie nie może przekroczyć dwóch miesięcy.

6. Do Artykułu 9 i 11

a) w odniesieniu do inwestycji dokonanych przed wejściem w życie niniejszej Umowy Polska Rzeczpospolita Ludowa zapewni transfer dochodów uzyskanych w walucie polskiej ze sprzedaży lub likwidacji w rozumieniu Artykułu 5 lit. d w następujących ratach:

– w roku sprzedaży lub likwidacji, lecz nie wcześniej niż 1 stycznia 1993 r.	20%,
– w następnym roku	30%,
– w trzecim roku – pozostałe	50%;

b) w przypadku fundamentalnej nierównowagi bilansu płatniczego Umawiające się Strony przystąpią do konsultacji w celu uzgodnienia innego, możliwego do przyjęcia, uregulowania kolejnych transferów przewidzianych w literze a. W przypadku sporu między Umawiającą się Stroną a inwestorem drugiej Umawiającej się Strony w sprawie wykładni i stosowania postanowień zawartych pod literą a, w powiązaniu z literą b, pierwsze zdanie, trybunał arbitrażowy powołany zgodnie z Artykułem 11 jest zobowiązany do zawieszenia postępowania do czasu zakończenia konsultacji między Umawiającymi się Stronami;

c) korzystniejsze porozumienie między polskimi władzami a inwestorem pozostaje nienaruszone.

7. Przy przewozie towarów i osób mających związek z inwestycją, Umawiające się Strony, z zastrzeżeniem istniejących między Umawiającymi się Stronami porozumień międzynarodowych, nie będą stosować wyłączeń ani stwarzać utrudnień przedsiębiorstwom transportowym drugiej Umawiającej się Strony i w razie potrzeby udzielą zezwoleń na dokonanie transportu.

Auswärtiges Amt
422-413.35 POL

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Republik Polen unter Bezugnahme auf die am 10. November 1989 in Warschau erfolgte Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen folgendes mitzuteilen:

Im Rahmen des Ratifizierungsverfahrens hat sich herausgestellt, daß in Artikel 11, Absatz 4 Unterabsatz 1 Zeile 6 des deutschen Wortlauts des Vertrags infolge eines Redaktionsversehens statt des Wortes „Streitpartei" das Wort „Vertragspartei" benutzt wurde, obwohl sich aus dem Zusammenhang unzweideutig ergibt, daß nur das Wort „Streitpartei" gemeint sein kann. Dieses Redaktionsversehen ist, soweit feststellbar, nur in der deutschen, nicht aber in der polnischen Sprachfassung entstanden.

Der Vertrag kann auf deutscher Seite nur ratifiziert werden, wenn zuvor dieses Redaktionsversehen berichtigt worden ist. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland schlägt deswegen vor, daß Artikel 11 Absatz 4 Unterabsatz 1 folgenden zutreffenden Wortlaut erhält:

„Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Vorsitzenden des Schiedsgerichtsinstituts der Handelskammer Stockholm bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen."

Das Auswärtige Amt wäre der Botschaft der Republik Polen dankbar, wenn sie dieser Berichtigung zustimmen und dies unter Wiederholung des berichtigten Wortlauts von Artikel 11 Absatz 4 Unterabsatz 1 möglichst bald bestätigen könnte. Das Auswärtige Amt wäre darüber hinaus dankbar, wenn in der Antwortnote der folgende Text enthalten wäre:

„Mit der Verbalnote des Auswärtigen Amts vom 31. Januar und dieser Antwortnote ist der Vertrag vom 10. November 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen mit Wirkung vom Tage der Unterzeichnung, dem 10. November 1989, berichtigt."

Das Auswärtige Amt dankt der Botschaft der Republik Polen für ihr Verständnis und benutzt diesen Anlaß, sie erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die Botschaft
der Republik Polen
Köln

L. S.

Bonn, den 31. Januar 1990

Botschaft
der Republik Polen
Nr. 10/66/90

Verbalnote

Die Botschaft der Republik Polen beehrt sich, dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf die am 10. November 1989 in Warszawa erfolgte Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Polen ist mit dem folgenden Wortlaut des Artikels 11 Absatz 4 Unterabsatz 1 einverstanden:

„Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Vorsitzenden des Schiedsgerichtsinstituts der Handelskammer Stockholm bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen".

Mit der Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 31. Januar 1990 und dieser Antwortnote ist der Vertrag vom 10. November 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen mit Wirkung vom Tage der Unterzeichnung, dem 10. November 1989, berichtigt.

Die Botschaft der Republik Polen benutzt diesen Anlaß, das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An das
Auswärtige Amt
der Bundesrepublik Deutschland
Bonn

L. S.

Köln, den 29. März 1990

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Der deutsch-polnische Investitionsförderungs- und -schutzvertrag dient dem Ziel, die beiderseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken, indem er günstige Bedingungen für Kapitalanlagen schafft. Die Förderung und der Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen sind nach Auffassung beider Seiten zudem geeignet, die Wirtschaftsreform in Polen zu unterstützen. Durch entsprechende Investitionsgesetze hat Polen die Grundlage für ausländische Kapitalanlagen geschaffen. Der völkerrechtliche Vertrag gewährt den Kapitalanlagen darüber hinausgehend einen umfassenden und dauerhaften Rechtsschutz. Dadurch können deutsche Investitionen in Polen zusätzlich stimuliert werden.

Der Vertrag ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der deutsch-polnische Investitionsförderungs- und -schutzvertrag entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage der entsprechenden Verträge mit anderen osteuropäischen Staaten (Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Sowjetunion) war.

II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag besteht aus 14 Artikeln und einem Protokoll.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlage", „Erträge" und „Investor". Einbezogen werden alle Arten von Vermögenswerten, die gemäß der innerstaatlichen Gesetzgebung von Investoren aus dem anderen Vertragsstaat angelegt werden, sowie die Erträge hieraus. Investoren sind natürliche Personen mit ständigem Wohnsitz bzw. juristische Personen mit Sitz im jeweiligen Geltungsbereich des Vertrags. Diese Formel entspricht im wesentlichen der Fassung im deutsch-polnischen Doppelbesteuerungsabkommen vom 24. April 1975 (BGBl. 1975 II S. 645).

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungsklausel und das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen aus dem anderen Vertragsstaat nicht zu diskriminieren.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und Meistbegünstigung niedergelegt. In der Protokollnummer 2a sind die wichtigsten Anwendungsfälle näher konkretisiert. Die Protokollnummern 2b und 2c stellen klar, in welchen Fällen diese Behandlung üblicherweise nicht gilt. Protokollnummer 2d enthält eine Wohlwollensklausel hinsichtlich Einreise und Arbeitserlaubnis im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Enteignungsschutz sowie die Entschädigungspflicht und den ordentlichen Rechtsweg bei Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Der Investor hat Anspruch auf unverzügliche Zahlung der Entschädigung und bei zweimonatigem Zahlungsverzug Anspruch auf bankübliche Verzinsung. Die Entschädigungspflicht erstreckt sich nicht nur auf unmittelbare Eingriffe in die Kapitalanlage als solche, sondern gemäß Protokollnummer 3 auch auf staatliche Eingriffe in die wirtschaftliche Tätigkeit des Unternehmens, wenn dadurch die Kapitalanlage beeinträchtigt wird. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen.

Gemäß Protokollnummer 4 wurde Polen für den Transfer von Gewinnanteilen und Dividenden, die in Inlandswährung erzielt werden, eine befristete Übergangsregelung in Stufen von 15% ab 1. Januar 1993 bis zu 100% ab 1. Januar 1998 zugestanden. Diese Einschränkung gilt nicht bei einer besseren Vereinbarung zwischen dem Investor und den polnischen Behörden und entfällt spätestens ab dem Zeitpunkt, zu dem die Republik Polen die freie Konvertibilität ihrer Währung einführt.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Nach dieser Bestimmung sind Transfers unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs durchzuführen. In der Protokollnummer 5 ist der Begriff „unverzüglich" näher erläutert.

Zu Artikel 8

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund einer anderen völkerrechtlichen Verpflichtung, gehen vor (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, daß sie dem Investor gegenüber übernommene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 9

Der Vertrag gilt auch für sog. Altinvestitionen, die nach dem 14. September 1972 (Tag der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen) vorgenommen worden sind.

Gemäß Protokollnummer 6 kann die Republik Polen den Transfer von in polnischer Währung erzielten Erlösen aus dem Verkauf oder der Liquidation von Altinvestitionen auf drei Jahresraten beginnend ab 1. Januar 1993 verteilen (1. Rate 20%, 2. Rate 30%, 3. Rate 50%). Bei einem schwerwiegenden Ungleichgewicht der polnischen Zahlungsbilanz können beide Vertragsparteien für diese Transferfälle auch eine anderweitige Vereinbarung treffen.

Die vorgenannten Einschränkungen gelten nicht, wenn die polnischen Behörden mit dem Investor eine günstigere Regelung vereinbart haben.

Zu Artikel 10

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor. Das Schiedsgericht kann angerufen werden bei Streitigkeiten über die Höhe und Zahlung einer Enteignungsentschädigung, über Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung des Transfers nach Artikel 5 und über sonstige Fragen, sofern die Streitparteien dies vereinbart haben.

Durch Notenwechsel vom 31. Januar 1989/29. März 1990 haben die Vertragsparteien vereinbart, die unrichtige Bezeichnung „Vertragspartei" im Artikel 11 Absatz 4 (6. Zeile) durch das Wort „Streitpartei" zu ersetzen. Die Bezeichnung „Vertragspartei" beruhte auf einem Redaktionsversehen. Wegen der sinnentstellenden Bedeutung war der Fehler durch Notenwechsel zu berichtigen.

Zu Artikel 12

Der Vertrag enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 13

Der Vertrag enthält die in Verträgen mit osteuropäischen Staaten übliche Berlin-Klausel (die sog. Frank-Falin-Klausel).

Zu Artikel 14

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für zehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere zwanzig Jahre lang geschützt.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. Abgesehen von den im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erwähnten Bestimmungen enthält das Protokoll in Nummer 7 ein Diskriminierungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu dem Notenwechsel

Es wird auf die Begründung zu Artikel 11 des Vertrags hingewiesen.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 028148 3. 90
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333